

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenberga, Erbenheim, Hefloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenau, Nauröd, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildbach.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Kellern und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen — in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 113.

Dienstag den 28. September 1920

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Der Reichstag wird voraussichtlich am 19. Oktober zusammentreten.

Der Wirtschaftsausschuss des Reichskabinetts hat das Ernährungsprogramm des Reichsernährungsministers für den kommenden Winter gebilligt.

Eine polnisch-kommunistische Lohnbewegung in Oberschlesien wird als Aufruf für die allgemeine Auslandsbewegung angesehen, die von den Polen für den 1. Oktober geplant ist.

Nach einer Pariser Meldung hat der Völkerrat bei den alliierten Kabinetten die Festsetzung der Vorkriegspreise in Oberschlesien für die zweite Novemberwoche beantragt.

Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel ist mit einer Ansprache des ehemaligen schweizerischen Bundespräsidenten Ador eröffnet worden.

Die Friedensansichten im Osten gestalten sich günstig. Russland hat auf alle früheren Forderungen verzichtet und den sofortigen Abschluß eines zehntägigen Waffenstillstandes vorgeschlagen.

Unsere Ernährungslage.

Vereinfachung ausreichender Nahrungsmittelreserven.

Im Wirtschaftsausschuss des Reichskabinetts wurde im Zusammenhang mit den Beratungen über die finanzielle Lage unsere augenblickliche Ernährungslage einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der Reichsernährungsminister gab zunächst eine ausführliche Übersicht über die Lage und die Aussichten für den kommenden Winter.

Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen über die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der

Kartoffel- und Fleischversorgung.

Die Regierung werde, so versichert wenigstens der Ernährungsminister, die Preis- und Marktverhältnisse mit größter Aufmerksamkeit beobachten und tatkräftig eingreifen, so daß sich Störungen und Mißstände in der Versorgung mit Lebensmitteln ergeben. Hier fordert der Minister, die Unterstützung des Handels, der Erzeuger und Verbraucher. Landwirtschaft und Handel müssen sich bewußt sein, daß es ihre Pflicht ist, für eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zu sorgen. Die Regierung könne die schwere Verantwortung für die Volksernährung nur tragen, wenn das deutsche Volk seine Ruhe und Besonnenheit bewahrt.

Ein wesentliches Mittel in der Bekämpfung der bevorstehenden Schwierigkeiten sieht die Regierung in der Schaffung ausreichender Lebensmittelreserven. Diese sollen dazu dienen, etwaige Störungen in der Versorgung zu beseitigen und erforderlichenfalls preislegend zu wirken.

Fleischreserve für drei Monate.

Am 1. Oktober 1920, dem Tage des Außerkräfttretens der Fleischzwangswirtschaft, wird die Reichsfleischstelle über mehr als 70 000 Tonnen Auslandsfleisch, Auslandspech und sonstiger Fleischwaren verfügen. Die Reserve an Auslandsfleisch wird ständig auf 30 000 T. erhalten werden, die für drei Monate die bisherige wöchentliche Ausgabe von 125 Gramm Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung in den großen Bedarfsgebieten für den Notfall sicherstellen.

Die bisherigen Zentrations werden weiter ausgebaut.

Von der Reichsfleischstelle wird vorläufig eine ständige Schlachtkörperreserve von 20 000 T. gehalten. Aus ihr werden neben dem, was der Bevölkerung infolge Zulassung einer kontingentierten Einfuhr durch den freien Handel zur Verfügung stehen wird, die bisherigen Nationen auf dem üblichen Wege weiter ausgegeben werden.

50 Millionen Zentner Kartoffelreserve.

An Kartoffeln steht aus den zwischen Erzeugern und Kommunalverbänden abgeschlossenen Lieferverträgen eine Reserve von 32 Millionen Zentnern zur Verfügung. Hierzu tritt die von der Reichsfleischstelle sichergestellte Reichsreserve von 20 Mill. Zentnern. Diese mehr als 50 Millionen Zentner bleiben nur unerheblich hinter der Menge zurück, die im Vorjahre von der öffentlichen Wirtschaft für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden konnte.

Margarine und Kunstbutter wird der Bevölkerung im Wege des freien Handels in reichlicherem Maße als bisher zugeführt werden.

Die inländische Brotversorgung.

Wird bei dem im Gegensatz zu den Erwartungen sehr ungünstigen Ausfall der Roggenernte auch im kommenden Wirtschaftsjahr große Schwierigkeiten bereiten. Zu ihrer Überwindung, besonders im Hinblick auf die auf dringenden Wunsch der Bevölkerung und der meisten Länder beschlossene Verabschiedung des Ausnahmungsgesetzes bedarf es nicht nur der reiblosen Ablieferung der inländischen Ernte, die im Notfall mit den schärfsten Zwangsmitteln durchgeführt werden muß, sondern auch einer sehr erheblichen Einfuhr von ausländischem Brotgetreide. Die Genehmigung zur Einfuhr amerikanischer Weizen kann nicht erteilt werden.

Um dem Bedürfnis nach einem besseren Hausbrot mehr entgegenzukommen, ist in Aussicht genommen, eine Wochenmenge von 125 Gramm gering ausgemahlene, aus Auslandsgetreide hergestellte Weizenmehl zu den Einkaufspreisen, der Bevölkerung anzuleiten.

Der Wirtschaftsausschuss nahm von diesem Bericht des Reichsernährungsministers Kenntnis. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides, der Milch, des Milchfettes und des Fettes bis auf weiteres aufrechterhalten werden müsse. Es wurde zunächst beschlossen, die Kartoffelversorgung der Bevölkerung in den Bergbaubereichen sicherzustellen. Ferner soll insbesondere

die Rohverbreitung schärfer und wirkungsvoller gestaltet werden. Soweit die deutsche Ernährungswirtschaft auf Zufuhren aus dem Auslande angewiesen angewiesen ist, kann sie nach Ansicht des Wirtschaftsausschusses nur unter nachhaltiger Mitwirkung der Alliierten durchgeführt werden. Im Inland hängt ein großer Teil der zukünftigen Gestaltung von dem verständnisvollen Zusammenarbeiten sämtlicher an der Versorgung der Bevölkerung beteiligter Kreise, der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher ab. Das Ziel dieses Zusammenwirkens muß die Schaffung eines Verbraucherschutzes sein. Die unmittelbare Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher muß gefördert werden.

Im einzelnen beschloß der Ausschuss noch, zur Besserung der Ernährungslage vom 15. Dezember 1920 ab die Einfuhr von Salzheringen innerhalb eines noch festzusetzenden Rahmens dem freien Handel zu überlassen.

Die Brüsseler Konferenz.

Keine Erörterung der Wiedergutmachungsfrage gestattet.

In der belgischen Kammer wurde Freitag nachmittag die internationale Finanzkonferenz, die der Völkerrat nach Brüssel einberufen hat, eröffnet. Die Begrüßungsrede hielt Präsident Ador, der ehemalige schweizerische Bundespräsident. Er schilderte in wenigen Sätzen die heutige wirtschaftliche und finanzielle Lage der europäischen Staaten unter den Einwirkungen des Krieges und bezeichnete es als das vornehmste Ziel der Konferenz, Grundlagen für die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Arbeiten zu finden.

Mit erhobener Stimme erklärte er dann, daß die Fragen, die durch den Vertrag von Versailles geregelt würden, nicht berührt werden sollten. Diese Versammlung sollte nur technischen Charakter haben. Die Kriegführenden und die Neutralen müßten sich zusammenan, um den finanziellen Ruin zu vermeiden. Diese Einigung setze aber voraus die vollständige Ausführung der Verpflichtungen, die im Friedensvertrag enthalten seien.

Nach der Rede Adors begrüßte der belgische Ministerpräsident de la Croix die Delegierten im Namen des Königs und der Regierung. Hierauf wurde die Tagesordnung für die einzelnen Sitzungen der Konferenz festgesetzt. Die ersten drei Tage, vom 25. September ab, dienen der allgemeinen Besprechung. Zunächst werden die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der europäischen Neutralen zum Vortrag kommen. Die Mittelmächte, also Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien werden voraussichtlich am 28. September ihre finanzielle und wirtschaftliche Lage darlegen dürfen.

Vorbehalt der französischen Delegation.

Wie aus französischer Quelle verlautet, ist die französische Delegation fest entschlossen, nicht zu gestatten, daß in ihrer Gegenwart und noch weniger unter ihrer Mitarbeit irgendwie an der Integrität des Versailler Vertrages gerührt werde. Sie würde es nicht dulden, daß unter dem Vorwand, die finanzielle und die wirtschaftliche Lage Europas zu besprechen, die Frage einer Revision des Versailler Vertrages aufgeworfen werden könnte.

Damit soll wohl gesagt sein, daß in Brüssel weder von der Wiedergutmachung, noch von den Deutschland auferlegenden Lasten noch vor der Genfer Konferenz, die sie prüfen soll, ein Wort gesprochen werden soll. Wie es den deutschen Delegierten dann überhaupt noch möglich sein soll, die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands wahrheitsgetreu zu schildern, erscheint uns höchst zweifelhaft. Präsident Ador wird die Erörterungen unmöglich in den von ihm und den Franzosen gewünschten Grenzen halten können. Der Versailler Vertrag hat so tief in das Wirtschaftsleben sämtlicher europäischer Staaten eingegriffen, daß eine Darlegung der augenblicklichen Lage nur unter Verhüllung der Verfallenen Bestimmungen möglich ist. Es wäre nicht zu verwundern, wenn die Brüsseler Konferenz auf diesen künstlich hervorgerufenen Schwierigkeiten scheitern sollte, zumal die Entschlüsse der Konferenz nach diplomatischem Gebrauch einstimmig angenommen werden müssen.

Eine neue Einladung des Völkerrates.

Der Generalsekretär des Völkerrates hat der deutschen Regierung eine Einladung zu einer am 5. Oktober in Paris beginnenden Tagung des Ausschusses für Transit- und Verkehrsfragen zugehen lassen. Die deutsche Regierung hat diese Einladung angenommen und wird ihre Vertreter nach Paris schicken. Es sollen dort in erster Reihe die Maßnahmen besprochen werden, die den internationalen Reiseverkehr zu erleichtern geeignet sind. Das gilt besonders für das Post- und Bahnwesen.

Millerands Nachfolger.

Ministerpräsident Lehgues.

Paris, 24. September. (Havas.) Präsident Millerand hat Lehgues mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Lehgues hat angenommen und die Ministerpräsidentenschaft und das Ministerium des Inneren übernommen. Das übrige Kabinett bleibt im Amt.

Aus der Ernennung Lehgues zum Premierminister des französischen Kabinetts muß man schließen, daß es Millerand mit der Einführung des persönlichen Regiments noch Ernst ist. Lehgues ist wohl der un-

bedeutendste Politiker, der für das Amt eines Premierministers in Betracht kommen könnte. Er dürfte sich als gefügiges Instrument in den Händen Millerands erweisen. Lehgues wurde besonders beneidet, als der frühere Direktor des Boulevardmagazins, Chauchat, ihn 12 Millionen Franc hinterließ, aus Dankbarkeit für die Wohltaten, die Lehgues ihm als Minister der schönen Künste während seines Lebens erwiesen hatte. Dieses Vermögen ermöglichte es Lehgues, den größten Teil der Aktien des „Figaro“ zu übernehmen. Lehgues ist wie die meisten französischen Staatsmänner aus der Adolphenstraße hervorgegangen. Er war wiederholt Unterrichtsminister und unter Clemenceau auch Marineminister. In der Kammer war er wiederholt Richter für die auswärtigen Angelegenheiten und soll seine Aufgabe mit Geschick geleistet haben. Für sein Verhältnis zu Deutschland ist es bezeichnend, daß er einer der Gründer des Bundes „Souverains-Vous“ ist, der in den Herzen der Franzosen die Erinnerung an den Weltkrieg und die durch Deutschland geschlagenen Bündnisse wachhalten soll.

Neue Unruhen in Oberschlesien.

Eine polnisch-kommunistische Streikbewegung.

Allem Anschein nach bereitet sich in Oberschlesien eine neue Erschütterung vor. An mehreren Stellen des Grubenreviers ist es Ende der letzten Woche zu kleineren Streikunruhen gekommen, die sich nur allzu leicht wieder zu einem allgemeinen Aufruhr ausweiten können.

Die Unruhen nahmen ihren Anfang auf der Kattowitzer Grube in Hindenburg, wo es anlässlich der Ablehnung der Wiedereinstellung eines Händlers, der einen Streik tätlich angegriffen hatte, zu wüsten Auftritten kam. Ein Bergarbeiter, drei Streiker und ein Materialverwalter wurden soabel zugerichtet, daß sie ins Lazarett geschafft werden mußten. Die Grube war bereit, den Händlern wieder einzustellen, nachdem die Arbeiterschaft drohend gegen die Verwaltung vorgegangen war. Trotzdem legte sie die Arbeit nieder und überfiel alle Grubenbeamten, deren sie habhaft werden konnte. Der französische Grenzkontrollleur griff ein und entsandte Militär. Verhandlungen führten dann zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Verhaftungen der Ausschreitungen werden strafrechtlich verfolgt werden. Auf der Laura-Grube bei Kattowitz und der Deutschlandgrube ist gleichfalls ein Streik ausgebrochen. Die Gruben sind von der Abstammungspolizei besetzt. Die Notstandsarbeiten verrichten die Beamten. Im ganzen ober-schlesischen Grubenrevier herrscht eine auffällige Unruhe, so daß man in den nächsten Tagen neuen Unruhen entgegenzusehen dürfte.

Es hat den Anschein, als ob es sich um eine polnisch-kommunistische Bewegung handelt, die ausgeht von wirtschaftlichen Forderungen und in wenigen Stunden bereits ein völlig politisches Gesicht zeigen dürfte.

Stillelegung des Kraftwerkes Chorzow.

Die Belegschaft des ober-schlesischen Kraftwerkes Chorzow ist Freitag nachmittag gleichfalls in den Streik getreten, so daß ein großer Teil Oberschlesiens ohne Licht und Kraft ist. Befordert wird die Vermittlung einer Kartoffelzulage in Höhe von 500 Mark für Verheiratete und von 300 Mark für ledige Personen. Verhandlungen sind bisher gescheitert. Der Streik dauert in voller Schärfe fort. Auch die Wasserwerke drohen in den Streik zu treten.

Entwaffnung polnischer Grenzdörfer.

Es liegt die Vermutung nahe, daß die wirtschaftlichen Kämpfe den Auftakt zu dem neuen polnischen Generalaufstand bilden sollen, der, wie sich aus einem aufgefundenen polnischen Geheimbefehl ergibt, am ersten Oktober in Szene gesetzt werden soll. Die Bewegung sollte von den Grenzgebieten ausgehen.

Die interalliierten Befugungsbehörden haben sich diesmal aber entschlossen, die polnischen Pläne rechtzeitig zu vereiteln. In sämtlichen Grenzorten des Kreises Rattowitz wurde eine Entwaffnungsaktion durchgeführt, und zwar von französischen Soldaten in Verbindung mit Abstimmungspolizei und blauer Polizei. Die Dörfer wurden umstellt und durchsucht. Waffen wurden in großer Menge gefunden. Eine Anzahl Personen, bei denen man Waffen gefunden hatte, wurden verhaftet.

Polnische Agitation in Niederschlesien.

Die neue „Oberschles. Volksztg.“ meldet, daß die polnische Agitation sich offen nach Niederschlesien ausbreitet hat. Es wird mit der Behauptung agitiert, daß die deutsche Bevölkerung Niederschlesiens nach einer Auflösung Oberschlesiens vom Reiches sich Polen anschließen müsse, da alle Betriebe des Landes auf die obereschlesische Kohle angewiesen wären. Die Agitation wird besonders von der Breslauer polnischen Studentenschaft durchgeführt. Veranlassung zu dieser Agitation ist offenbar das Bestreben, durch eine Erschütterung der deutschen Elemente in Niederschlesien auch in Oberschlesien selbst Boden zu gewinnen.

Frieden im Osten?

Friedensbereitschaft in Riga.

Die erste Sitzung der russisch-polnischen Friedenskonferenz in Riga hat einen vielversprechenden Verlauf genommen. Beide Parteien zeigten in ihren Forderungen große Mäßigung und haben dadurch den Abschluß eines endgültigen Friedens bedeutend näher gerückt.

Rußland läßt die Minister Bedingungen fallen.

Zu Beginn der Sitzung erklärte Joffe im Namen der Sowjetregierung, Rußland sei bereit, die in Hinblick von den Polen als unannehmbar bezeichneten Bedingungen fallen zu lassen und zwecks sofortigen Waffenstillstandes und Friedensschlusses folgenden vorzuschlagen:

„Beide kriegführenden Parteien sollen die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, Litauens, Weißrusslands und Ostgaliziens anerkennen, ebenfalls alle staatlichen Organisationen, Landtage, Parlamente oder Sowjets, die in diesen Gebieten bestehen, wie das bereits 1918 und 1919 geschehen sei. Für den Volksentscheid über die Zugehörigkeit Ostgaliziens werde das demokratische Stimmrecht von Rußland zugestanden. Rußland fordert weiter zahlenmäßige Beiräumung der polnischen Armee und die Anerkennung des russischen Rechts auf die Verkehrslinie Bialystok-Gräjewo. Um das arbeitende Volk vor weiterem Blutvergießen zu bewahren, solle ein sofortiger Waffenstillstand geschlossen werden und eine Demarkationslinie gemeinsam festgelegt werden. Da Rußland für den Frieden zu solchen Opfern bereit sei, wünsche es die Herbeiführung des Waffenstillstandes in zehn Tagen.“

Die polnische Antwort.

Nach Entgegennahme des russischen Vorschlages stellte der polnische Delegations-Vorsitzende Tomski folgende Richtlinien für den Beschluß des Waffenstillstandes und des Präliminarfriedens auf:

„Beide Parteien verbürgen sich gegenseitig der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates. Für die territorialen Bestimmungen sollen nicht historische, sondern die vitalen Interessen beider Staaten maßgebend sein. Nach Abschluß des Waffenstillstandes soll eine Kommission zur Regelung der Angelegenheiten der Kriegsgefangenen, Internierten und Geiseln eingesetzt werden. Die Lösung der Wirtschaftsfragen müsse unter der Nachbarnahme erfolgen. Das Polen keine

Verpflichtungen für die Staatsschulden des alten Rußland obliegen. Die verhandelnden Parteien sollen gegenseitig Entschädigung der Staatsbürger für die durch den Krieg erlittenen Schäden zusichern. Den Wünschen Rußlands gemäß sei Polen damit einverstanden, daß der Waffenstillstand sofort nach Unterzeichnung der Präliminarien in Kraft trete.“

Nach dieser Erklärung Domskis sprach Joffe den Wunsch aus, beide Erklärungen schriftlich auszutauschen, um sie einer genauen Prüfung unterziehen zu können.

Unterdessen ist eine neue Schlacht im Gange.

Während in Riga über den Abschluß des Waffenstillstandes verhandelt wird, ist an der ganzen Front nördlich des Pripiet eine neue erbitterte Schlacht im Gange, die polnischen Abteilungen rücken stetig gegen Nordosten vor. Großpolnische Abteilungen haben den Eisenbahnknotenpunkt Wolkowist südöstlich Grodno besetzt. Südwestlich Grodno sind die Polen bis an den Fortgürtel vorgedrungen. Die polnische Nordgruppe hat den Rjemen überschritten und den Widerstand der litauischen Truppen, welche sich nach Angaben des polnischen Heeresberichts auf polnischem Boden befanden, gebrochen.

Alexandrowitsch von Wrangel genommen.

In Südrußland hat General Wrangel Alexandrowitsch genommen und dabei 30 Geschütze erbeutet. Die 26. Rote Division hat kapituliert.

Politische Rundschau.

— Berlin, 25. September 1920.

— Reichspräsident Ebert hat sich zum Besuch der Deutschen Ostmesse auf dem Seewege nach Königsberg begeben.

— Oberst Freiherr v. Ledebour, der wegen seiner Haltung in den Tagen des Kapp-Putsches als Kommandeur des Reichswehrschützenregiments verabschiedet worden war, ist wieder aktiviert worden.

— Wie der Kämpfer, das Blatt der Stettiner Unabhängigen, meldet, wurde der Vorsitzende des Republikanischen Führerbundes, Stegemann, auf Veranlassung seines Parteigenossen, des Polizeipräsidenten Renner, wegen angeblicher revolutionärer Umtriebe verhaftet.

— Dem Reichstag soll binnen kurzem eine Vorlage über Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten vorgehen.

— Die Einberufung einer neuen Reichsschulkonferenz ist für den 28. Dezember geplant.

— Die sächsische Regierung hat die Landtagswahlen für den Freistaat Sachsen auf den 14. November ds. Jrs. festgesetzt.

:: Die Spaltung in der N. S. D. In den drei größten Städten der Provinz Sachsen, Halle, Erfurt und Magdeburg, haben sich die Unabhängigen für den Anschluß an Moskau entschieden, ebenso in Gotha, Jena und Suhl. — Auch in Frankfurt a. M. hat sich eine Parteiverammlung für den Anschluß an Moskau ausgesprochen, nachdem Däumig und Crispian-Brecht hatten. Däumig erklärte sich offen für eine Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Um den Virewar unter den radikalen Parteien zu vervollständigen, haben die sogenannten „Nationalsozialisten“ in Hamburg, Lausenberg und Wolfheim, noch eine neue, die dritte, kommunistische Partei gegründet, die sie „Bund der Kommunisten“ nennen. Als Ziel wird verkündet: Errichtung der kommunistischen Republik Deutschland, Sicherung ihres Bestandes nach innen und außen, Wahl von Betriebsräten und politischen Arbeiteräten nach der Bewaffnung der Arbeiterklasse, Organisation der revolutionären Verteidigung gegen die imperialistischen Mächte des Völkerbundes.

:: Der Kampf um Groß-Berlin wird augenblicklich in dem Ausschuss der Preussischen Landesversammlung ausgetragen. Die Wahl des Magistrats, der sich bekanntlich fast ausschließlich aus Sozialisten zusammensetzt, ist von den Staatsbehörden noch nicht bestätigt worden. Solange die Beratungen über die Abänderung des Gesetzes nicht erledigt sind, soll der alte Magistrat die Geschäfte weiterführen. In der Abstimmung wurde der deutsch-nationale Antrag, der die Aus-

führung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit aussetzen wollte, abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der Abänderungsantrag der Deutschen Volkspartei, der das Gesetz zuerst am 1. April 1921 in Kraft treten lassen wollte. Annahme fand dagegen der Zentrumsantrag, nach welchem der Magistrat aus mindestens 30 Mitgliedern besteht, von denen mindestens zwölf unbefristet sein müssen. Gegen diesen Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten, während der Vertreter der Unabhängigen dafür war.

:: Schulkrieg gegen Dr. Löwenstein. Ein großer Teil der Schüler der 13. Berliner Realschule blieb am Samstag dem Unterricht fern und veranstaltete einen Demonstrationsszug als Protest gegen die Wahl des Unabhängigen Dr. Löwenstein zum Berliner Oberstadtschulrat. Die Demonstranten suchten auch die Schüler einer zweiten Realschule zu veranlassen, sich ihrer Protestaktion anzuschließen. Da das Hauptportal des Schulgebäudes verschlossen war, hoben sie das Tor aus den Angeln und wollten die Schule stürmen. Den inzwischen herbeigeholten Sicherheitspolizei gelang es, die Schüler am Eindringen in die Schule zu hindern. Derartige lärmende Schülerprotestaktionen sind wahrhaftig nicht das geeignete Mittel, um die geplante Vergewaltigung der christlichen Bevölkerung Groß-Berlins abzuwehren.

Rundschau im Auslande.

:: Die Konferenz der britischen Bergarbeiter-Delegierten hat, wie Reuters meldet, beschlossen, dem Erzbischof Lloyd Georges stattzugeben, und die Streikankündigung um eine Woche aufzuschieben.

:: Papolo Romano behauptet, der ehemalige französische Präsident Deschanel sei nicht zufällig, sondern als Opfer eines Attentates aus dem Juge gefallen. Deschanel wird in die Heilanstalt Malmajon gebracht werden.

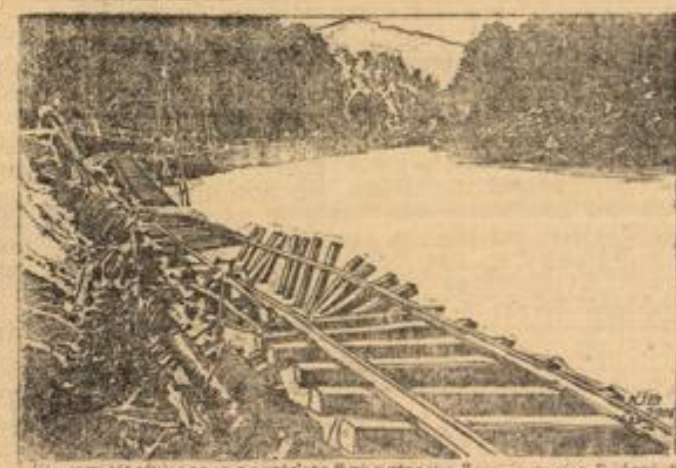
:: Mit Rücksicht auf die in Biume festgestellte Venienspeß, hat Giotiti die unverzügliche Abendung von Heilmitteln nach Biume angeordnet.

Tschecho-Slowakei: Die Unterdrückung des Deutschtums.

Die Neue Freie Presse meldet aus Mährisch-Ostau: Trotzdem den hiesigen Deutschen bereits drei Schulen genommen wurden, beschloß die tschechische Nationalmehrheit, eine weitere deutsche Schule zu beschlagnahmen. Da die Klammung der Schule nicht sogleich erfolgte, stürmte die tschechische Volksmenge ungeachtet der Verhöhnungsversuche des Bezirkshauptmanns das Schulgebäude und verlegte die deutschen Kinder mit Gewalt aus den Klassenzimmern. — Bis 1. August wurden nicht weniger als 614 deutsche Klassen und 35 deutsche Schulen geschlossen. Neu errichtet wurde seit dem Umsturz nicht eine einzige deutsche, wohl aber 460 tschechische Schulen, die jetzt wie Pilze aus dem Boden schießen.

Italien: Der Kampf um das Betriebsrätegesetz.

Die Arbeiterverbände der Textilindustrie und der chemischen Fabriken Italiens haben den Gewerkschaftsbund beauftragt, das Betriebsrätegesetz Giotitis auch für die chemische und für die Textilindustrie durchzusetzen. Falls diesem Verlangen nicht sofort entsprochen werde, drohen namentlich die Textilarbeiter mit der Besetzung der Fabriken. Die sozialistische Parteileitung hat diese Forderung bereits gebilligt.



Ein vom Hochwasser zerstörter Bahnstrecke bei Göttingen.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

34] (Nachdruck verboten.)

„Zum Andenken“, wisperte eine Mädchenstimme Vollhardt ins Ohr und eine kleine Hand reichte ihm einen duftenden Beisenstrauß. Vizzi Allmers war die Spenderin. Bei dem allgemeinen Suchen und Haschen nach den Blumen hatte sie es möglich gemacht, in Vollhardts Nähe zu gelangen. Und als in diesem Augenblick ein neuer Tanz begann, umschlang er sie und beide glitten hinein in den frohen Strudel. „Papa hat in Ihnen nicht den Herrn Fritz wiedererkannt“, kicherte Vizzi. Und Vollhardt nickte selig. Er war wirklich selig. In dieser Viertelstunde hätte der Dienst tausendmal rufen können, es wäre ihm gleichgültig gewesen. Er war nichts als ein glücklicher Mensch.

Unglaubliche Pracht und Herrlichkeit durchfunkelte wie eine Region von Sternen dies Raubermärchen aus Taufend und eine Nacht und regte alle Sinne fieberhaft auf. Aber höher noch galt das reine Glück von einigen ewigen Menschenhergen in der Wage des Schicksals. „Kollege Vollhardt scheint auch endlich erkannt zu haben, daß es nicht gut ist, allein zu sein. Sieh nur sein Gesicht und die Augen seiner Tänzerin.“ Das Paar kam gerade vorüber und Klara Brandt sah die sprechenden Mienen der beiden und lächelte.

Die Wogen des Vergnügens gingen hoch, der Wein und das glänzende Gesamtbild des Abends taten ihre Schuldigkeit. Darum konnte sich auch noch kaum jemand zum Ausbruch entschließen, obwohl es schon spät geworden war. Fritz Vollhardt flüsterte Vizzi ins Ohr, daß er auch Fräulein Klara Brandt, deren Bräutigam noch nicht wieder zurückgeführt war, einmal zum Tanze auffordern müsse. Er könnte sonst unhöflich erscheinen. Und das gehe doch nicht an.

„Muß es sein?“ fragte Vizzi Allmers mit einem eifersüchtigen Blick auf Klaras schimmernde Schönheit. Er hätte sie am liebsten bei diesem entzückenden Glanz ihrer Reizung küssen mögen, aber das war ja doch unmöglich unter allen diesen plaudernden, lach-

den und tollenden Menschen. Und so sagte er nur ernsthaft: „Ja, es muß sein.“

Sie plauderte nun mit dem alten Inspektor, nachdem sie ihren Eltern einen Gruß hinübergewinkt hatte, während Klara und Vollhardt durch den Saal flogen. Vizzi wußte ja, sie brauchte wahrlich keine eifersüchtige Negung zu haben, aber Klaras Schönheit, die jetzt im Tanze besonders strahlend hervortrat, machte doch auf sie einen tiefen Eindruck.

„Ihr Fräulein Tochter ist sehr schön, sehr schön“, flüsterte sie dem stolzen Brandt zu, und dieser bemährte sich, diese Höflichkeit noch zu überbieten: „Das können Sie schon sagen, mein liebes Fräulein Allmers, denn Sie sind noch schöner als meine Tochter.“ Sie lachten Beide sich zu.

In diesem Moment lehnte Dr. Heller an den Tisch zurück, und das tanzende Paar beendete seine Tour.

„Da bin ich wieder“, rief der Doktor lebhaft, „und bitte um Verzeihung, wenn ich mich um einige Minuten verspätet habe. Aber ich hörte jaeben, daß für die aller-nächste Zeit eine Begegnung zwischen dem russischen Zaren und dem Kaiser von Oesterreich beschlossen worden ist. Und das hielt mich etwas auf. Vielleicht muß ich noch Wien.“

„Verreisen? Ach, das wäre schade“, rief Klara Brandt bedauernd. Und ihr Vater fiel ein: „Davon wissen wir noch nichts, obwohl wir von solchen Ereignissen stets frühzeitige Mitteilung erhalten, um die Bewachung der Rühlstätten in unserem Bereich zu übernehmen. Dieser Beschluß muß also ganz plötzlich gefaßt sein.“

„Das ist er auch“, bestätigte Dr. Heller lächelnd. „Wir Zeitungsleute sind mitunter eben doch noch besser orientiert, wie die heilige Hermandad. Sorge dich nicht, mein Lieb“, wandte er sich dann an seine Braut, „es wird voraussichtlich nur eine kurze Spiztour werden. Und wenn du erst meine Frau bist, so verspreche ich dir, daß du mich auf meinen Reisen, wenn es irgend möglich ist, stets begleiten sollst.“

„Ach danke dir, Liebster“, versetzte das schöne Mädchen innig.

Fritz Vollhardt und Vizzi Allmers hatten sich wä-

rend dieser kurzen Unterhaltung mit einem gewissen Staunen angesehen. Beiden lag ein eigenartiger Klang im Ohr, und der rührte von des Doktors etwas ausgelegt und laut gesprochenen Worten her: „Da bin ich wieder.“

Beiden fuhr es durch den Kopf: „Diese Stimme hast du schon gehört!“ Und Beide saßen sich nach kurzem Nachdenken: „So spricht der Baron von Hellberg!“ Sie bewahrten diesem liebenswürdigen und vornehmen Cavalier, dem Herrn von Nr. 19 in der „Eisernen Krone“, eine treue Erinnerung und darum fiel ihnen die Ähnlichkeit der Stimme so besonders auf. „Aber es ist doch wohl Täuschung gewesen“, sagten sich Beide, denn als Dr. Heller jetzt weiter sprach in seiner ruhigen gelassenen Art, fiel ihnen nichts mehr darin auf. Vorübergehend zuckte es Vollhardt durch den Kopf, daß er vorhin bereits die Stimme des Barons Hellberg gehört zu haben glaubte. War das der Doktor ebenfalls gewesen oder ein anderer?

„Nebrigens“, fuhr Heller fort, „ist es nicht ausgeschlossen, daß auch in unserer Stadt hier bald eine Entrevue stattfindet. Wenn die Diplomaten reisen, haben wir Zeitungsleute zu tun.“

Vollhardt und Vizzi hörten diese Worte nur noch mit halbem Ohr, denn Frau Allmers hatte ihrer Tochter ein Zeichen gemacht, und er beeilte sich daher, die junge Dame an den Tisch ihrer Eltern zurückzuführen. Vizzi beeilte sich, etwaigen Bemerkungen ihres Vaters über ihr Fortbleiben zuzukommen.

„Papa“, rief sie, „ich bringe dir das Allerneueste mit. In zwei Wochen ist große Entrevue in Wien und dann kommen wir an die Reise. Du siehst, das Geschäft für die „Eiserne Krone“ blüht. Ich wollte dir diese Nachricht noch mitbringen, die in keiner Zeitung bisher gestanden hat, sonst wäre ich schon längst wieder bei Euch gewesen. Nicht wahr, Herr Alseffor, so ist es?“ wandte sie sich an Vollhardt.

„Es ist ganz so, wie das gnädige Fräulein gesagt haben“, bestätigte dieser sich tief verneigend.

(Fortsetzung folgt.)

Scherz und Ernst.

Die Bismarcken eine Landplage in Sachsen. Die Bismarcken, deren Vordringen von Böhmen nach Sachsen von der sächsischen Regierung aufs schärfste bekämpft wird, da sie bei ihrer starken Vermehrung überall in Teichen und an Uferbauten die größten Schäden anrichtet, taucht jetzt schon im nordwestlichen Sachsen auf. So wird aus Borna bei Leipzig berichtet, daß am Jordanbach bei Ritzsch eine starke Bismarcke erlegt worden ist. Die wegen ihrer Felle als geschätzte Bismarcke ist bekanntlich in Nordamerika zu Hause. Einige vor mehreren Jahren nach Böhmen eingeführte und dort ausgelegte Bismarcken haben sich so sehr vermehrt, daß das Tier nunmehr zur Landplage geworden ist.

Einige einflussreiche russische Größen. Pariser Blätter berichten, daß General Nikolajew, früher einer der Oberführer des russischen Heeres, jetzt mit einem Landwagen durch die Straßen fährt. Sein Waffenträger Oberst Doroschewitsch hat mit anderen russischen Offizieren zusammen eine Reparaturwerkstatt für Automobile eingerichtet. Graf Pawel Inguatjew und seine Frau, eine geborene Fürstin Meschtscherskaja, betreiben mit gutem Erfolg eine Meierei in Saint-Cloud. Graf Wogenski und ein Hauptmann von der Kaiserlichen Garde sind Bürobeamte bei einer Bank geworden. Oberst Sturawow züchtet zu St. Germain Gemüse und Champignons und verdient sich damit seinen Lebensunterhalt. Auch Gudaschew, früher russischer Gesandter zu Madrid, Prinz Dadeskian aus dem Kaukasus u. a. widmen sich der Landwirtschaft. Großfürst Nikolai und seine Gemahlin wirken als Innenminister, und sie haben viel Zuspruch.

Bräutchen für kaiserliche Familien in Frankreich. Die französische Akademie, die eifrig bestrebt ist, das französische Geburtenproblem zu lösen, hat vor einiger Zeit beschlossen, besonders kaiserliche Familien, die nicht gerade über große Reichthümer verfügen, durch umfangreiche Unterstützungen auszuzeichnen. Die Verteilung ist in den letzten Tagen vorgenommen worden. Neunzig Familien erhielten je fünfzigtausend Franken, zwei je zehntausend, fünf andere je fünftausend und zwei Familien, von denen jede acht Kinder aufweisen kann, mußten sich mit einer Summe von zweitausendfünfhundert Franken begnügen.

Lothales.

Postverkehr nach Deutschland. Die polnische Postverwaltung hat die vor einiger Zeit an ihre Postämter erlassene Anweisung, alle vom Ausland, also auch von Deutschland eingehenden Postsendungen, bei dem Bestimmungsort und Straße nicht polnisch anzugeben, als unbestimmbar zu behandeln, rückgängig gemacht.

Gewichte aus Porzellan und Glas. Wie Reichsblatt für Maß- und Gewicht veröffentlicht eine Verordnung, durch die die Herstellung von Gewichten aus Porzellan oder ihm an Haltbarkeit gleichem Glas zugelassen wird. Ueber die Größe und Form dieser Gewichte werden Einzelbestimmungen getroffen. Die Gewichte aus Glas werden nur zum 31. Dezember 1921 zur Neuvermessung zugelassen.

Michaelistage. Michaelistage ist wieder herangekommen, mit ihm der Herbst seinen vollen Einzug gehalten. Schon alten Zeiten wurde dieser Tag festlich begangen. Die alten Germanen hielten um diese Zeit ihre großen Versammlungen, die sogenannten Herbstversammlungen, die sogenannten Herbsttage, ab. Gatte zur arbeitsreichen Erntezeit das Feld ruhen, so hielten an den Herbsttagen die Knechte des Volkes Gericht, und alle Streitigkeiten der Volksgenossen wurden beigelegt. Nachher kam man bei Tanz und Schmaus das Ende des sommerschen Jahres, und zu Ehren der Götter lobten die Götter und Höfen Freudenfeuer auf. Die christliche Kirche legte auf den 29. September das Fest des Erzengels Michael, und die alten Volksbräuche blieben da ab an dem Michaelstage, im Volke kurzweg Michael genannt, haften. Noch heute werden an der Michaelistage in der Eifel Michaelisfeuer auf Berges abgebrannt. Dabei wird ein mit Stroh umwickeltes und angezündetes Rad den Berg hinabgerollt. Von ehemaligen, von den Germanen den Göttern geweihten Herbstopfern findet man noch in dem Wald, daß an Lehnsherrschaften, Kirchen und Klöstern, „Michaelshühner“, „Michaelsweden“, „Michaelstiere“, „Michaelstins“ abgegeben werden müssen. Die Heiligkeit der alten herbstlichen Festzeit geht noch aus der in Ostfriesland und im Erzgebirge bestehenden Volksanschauung, daß man am Michaelistage kein Korn säen, überhaupt auf dem Felde nicht arbeiten dürfe. Auch auf die Bitterung des folgenden Quartals soll der Michaelistage Einfluß haben. Wurde Weinjahr am Oberrhein. Entgegen widerstehenden Meinungen über die diesjährige Weinreife vom Oberrhein berichtet, daß der Stand der Weinreife durchweg ein überaus befriedigender ist. Es geht aus den Seltenheiten, daß die Trauben in der Endreife und Reife soweit vorgeschritten sind, wie das gewöhnlich der Fall ist. Nach einer Mitteilung des Reichs- und Steiger Weinbergbesitzervereinsung ist die Aussicht, einen Wein zu erzielen, der sich unter die guten Jahrgänge der letzten Jahre einreihen läßt, dabei gibt es auch quantitativ einen sehr reichen Ertrag. Das Weingewerbe verhält sich erwartend, da noch größere vorjährige Bestände vorhanden sind.

Unser Männer-Gesangverein fiel am Sonntag Abend anlässlich des Kommerzes des Schar-Männerquartiers in Wiesbaden durch sein ausgezeichnetes Stimmenmaterial unter den vielen anwesenden Gesangsvereinigungen wieder angenehm auf. Es war uns zu großer Freude, dieses auch heute wieder zu hören, zumal das Urteil von namhaften Musikern stimmt.

Die Stadtverordneten der Stadt Wiesbaden haben in ihrer Sitzung am Freitag, die Kennzeichnung der Erbsen, die Gelände in Erbenheim und Wiesbaden umfaßt für den Preis von 1700 000 Mk. beschlossen. Die Sozialdemokratie stimmte dagegen. Es wurde 4300 000 Mk. ausgesetzt um für Erbsenarbeit zu schaffen. Reich und Staat sollen 1500 000 Mk. beisteuern. An Arbeitslöhnen entfallen dieser Summe 317 000 Mk. die zur Arbeit von 60 Personen auf 6 Monate ausreichen. In Sachen Erbsennot wurde ein neues Projekt aufgeworfen

indem man sogenannte Blockhäuser aus Holz bauen soll, die innerhalb 20 Jahre ausbleichen. Wenn diese Idee auch von Herrn Bürgermeister Labers verworfen wurde, indem er für solche Neubauten stimme, so ist der Gedanke immerhin in Erwägung zu ziehen und namentlich Bielefeld, daß jetzt wegen der Wohnungsnot zum Bau gezwungen ist, soll hier mal prägnant. Holz aus neuen Waldungen steht zur Verfügung. Die sogenannten russischen Kolonien wie beispielsweise in Potsdam, die unter früheren preussischen Königen durch dort angediente Russen in Form von Blockhäusern gebaut wurden, liegen teilweise 150 Jahre und länger zu Fuß und bilden namentlich im Winter, einen angenehmen und lauschigen Aufenthalt.

Zur Kartoffelversorgung schreibt der Nassauische Landverband über die am Freitag in Erbenheim stattgehabte Vertreterversammlung, über deren Ergebnis, was den festgesetzten Kartoffelpreis anbelangt, wir bereits in unserer Samstagnummer berichteten, weiter: Vorausgesetzt, daß die Abmachung ist natürlich, daß die seitens des Gewerkschaftsartikels angekündigte Verkehrssperre nicht eintritt. Die Bauernschaft kann dafür keine Garantie übernehmen, daß sämtliche Versorgungsberechtigten des Landkreises Wiesbaden und der Stadt Wiesbaden mit Kartoffeln versorgt werden, da die im Landkreise angebauten Kartoffeln dafür nicht ausreichen. Den Landwirten wurde dringend an das Herz gelegt, an Händler, bei denen der Verdacht vorliegt, daß sie die Kartoffeln verschieben, keinerlei Kartoffeln abzugeben.

Es wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen:

Zu der angekündigten Selbsthilfe der Gewerkschaften.

An die Bevölkerung Hesse-Nassaus und Hessens!

Die nachbenannten Gewerkschaftsorganisationen haben der Bezirksbauernschaft für Nassau und den Kreis Wehlar folgendes Ultimatum gestellt:

Frankfurt a. M., den 17. September 1920.

An die Bezirksbauernschaft Limburg a. d. Lahn.

Im Auftrage der heute hier im Gewerkschaftshaus tagenden Konferenz von Vertretern aller gewerkschaftlichen Organisationen stellen wir an Sie nochmals die Anfrage, ob die Landwirte gewillt sind, die von ihnen erzeugten Kartoffeln der Bevölkerung zum Preis von 20 Mk. für den Zentner zu liefern und die ausreichende Winterversorgung für die Gebiete Hesse und Hesse-Nassau sicher zu stellen bevor Kartoffeln in andere Gebiete abgegeben werden. Die Anfrage ist auf Beschluß der Konferenz als befristetes Ultimatum zu betrachten, das mit Samstag, den 25. September mittags 12 Uhr, abläuft. Erfolgt bis zu diesem Termin keine oder eine ablehnende Antwort, tritt der in der Anlage beigefügte Beschluß in Kraft. Es liegt nun in der Hand der Landwirte, denselben nicht zur Anwendung kommen zu lassen.

Hochachtung!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 51.

J. A.: gez. D. Wiesbach.

Beschluß

der am 17. September tagenden Konferenz der folgenden Arbeiter-Organisationen:

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Sämtliche Eisenbahnen-Gewerkschaften. Gesamtverband Christlicher Gewerkschaften. Zentralverband Deutscher Gewerkschaften. Deutscher Beamtenbund.

Die heute am 17. September 1920, im Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. tagende Konferenz von Vertretern sämtlicher gewerkschaftlichen Organisationen der Provinz Hesse-Nassau und des Freistaates Hesse beschließt:

1. Zur Sicherung der Kartoffelversorgung der Bevölkerung wird über die im genannten Gebiet erzeugten Kartoffeln ab 25. September die Transportsperrre in andere Kreise verhängt (unter sofortiger Sperre der Wagenstellung). 2. Die Sperre erstreckt sich auf die Eisenbahn, Schifffahrt und den Landweg, auf alle Mengen, die aus den Erzeugergebieten ausgeführt werden sollen. 3. Für die Durchführung der Sperrkontrolle werden besondere Bestimmungen bekanntgegeben. 4. Als angemessener Preis werden für den Zentner Kartoffeln 20 Mk. ab Verladestation festgesetzt. Mit dem Groß- und Kleinhandel werden sofort Vereinbarungen getroffen Kartoffeln nicht zu höheren Preisen aufzukaufen. 5. Um Einkäufe für die Bewohner des Sperrgebietes tätigen zu können, werden Ausweise von den Ortsausschüssen der Gewerkschaften ausgestellt.

Hierzu erklären wir unterzeichneten Bauernschaftsorganisationen folgendes:

Wir sind aus keinem Fall gewillt, uns dem Ultimatum und damit der Diktatur der Gewerkschaften zu beugen. Wir können den Gewerkschaften nicht das Recht zugestehen, willkürlich über die Preisbildung der Erzeugnisse unserer Hände Arbeit zu bestimmen. Wir können weiter obigen Organisationen nicht die Befugnis zubilligen, durch Sperre der Eisenbahntransporte etc., über Verkehrsmittel, die der Allgemeinheit gehören, zu verfügen. Wir lehnen die Nebenregierung der Gewerkschaften aufs Allerentschiedenste ab.

Zu der Kartoffelpreisgestaltung haben wir folgendes der Allgemeinheit bekannt zu geben.

Es war der damalige Reichswirtschaftsminister Schmidt, der im Anfang dieses Jahres der Landwirtschaft den Kartoffelpreis in Höhe von 25 Mk. in Aussicht stellte. Dieser Preis wurde durch Verordnung

vom 13. März 1920 als Mindestpreis gesetzlich garantiert. Auf Grund dessen sind unter entsprechend hohen Aufwendungen für Düngemittel, Saatkartoffeln etc. die Acker vorbereitet und mehr Kartoffeln als im Vorjahre angebaut worden. Auch die Preisfeststellungen der Industrie-Kommission (25 Mk.) beruhen nicht auf Willkür, sondern auf sorgfältigen Berechnungen, an denen die Verbraucher mitgewirkt hat.

Verhandlungen in Marburg v. 4. d. M. unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten, unter Mitwirkung der Hessischen Regierung, des Gewerkschaftskartells, der Lebensmittelämter von Cassel, Frankfurt, Wiesbaden und des Wirtschaftsverbandes der Kommunalverbände und Städte Hessens und Hesse-Nassaus sowie der unterzeichneten Bauernschaftsorganisationen haben zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Der Preis der Vertragskartoffel bleibt unberührt. 2. Als Richtpreis für die freien Kartoffeln gilt der f. Bt. garantierte Mindestpreis von 25 Mk. 3. Für Kinderbarmittel verpflichtete sich die Bauernschaftsorganisation für freiwillige Aufbringung in Form der Umlage.

Wir betrachten uns an diesen Beschluß gebunden und wollen damit erreichen, daß im nächsten Jahr der Kartoffelanbau nicht zurückgeht.

Was bedeutet das Gewerkschafts-Ultimatum?

Terror und Diktatur.

Verneinung der Staatsautorität.

Bergewaltigung der Landwirtschaft und damit eine schwere Gefahr für die nächstjährige Kartoffelversorgung.

Es bezweckt unter Ausnutzung der augenblicklichen gespannten Lage die Erzeugung von Unruhen, Vorbereitung und Errichtung der Gewerkschaftsdiktatur.

Verbraucher! Erkennt die furchtbare Gefahr, die in dem Gewerkschafts-Ultimatum auch für Euch, für das ganze Staatsgefüge liegt. Der brutale Gewerkschaftsterror wird in sich selbst zusammenbrechen.

Gießen, den 21. September 1920.

Bezirksbauernschaft für Nassau und den Kreis Wehlar.

Bezirksverband der Bauernschaften Kurhessens. Hessischer Bauernbund

Kreisbauernschaft Wiesbaden-Land.

Zur Kartoffelfrage schreibt man uns: Die Kommission, welche durch die Vollversammlung der Kartoffelkonsumenten gewählt wurde, hat sich schriftlich an die Vertretung der Bauernschaft zu Händen des Herrn W. Rigel, mit der Bitte um eine Besprechung gewandt. Wertwürdigerweise ist der am Samstag morgen früh 8 Uhr aufgelieferte Brief erst am Sonntag in der ersten Stunde im Beisein von Kommissionsmitgliedern von Herrn Rigel geöffnet worden. Leider erklärte der Vorsitzende der Bauernschaft, nicht mehr in der Lage zu sein Verhandlungen führen zu können da er (Herr Rigel) persönlich in der Versammlung beleidigt worden wäre. Diese Beleidigungen müßten vorerst öffentlich zurückgenommen werden, da sonst ein weiteres Verhandeln ausgeschlossen wäre. Die Kommission ist sich aber keiner Beleidigung bewußt indem der Leiter der Versammlung ausführende Äußerungen sofort in Schranken verwies und rügte. Letzteres ist auch durch Zeitungsbericht bestätigt und für uns hiermit erledigt. Im Laufe der Auseinandersetzung mit Herrn Rigel trafen die Herren Wilhelm Stiehl jun. und Herr L. W. Kaiser ein, die sich nunmehr an der weiteren Disputation beteiligten. Weitere Worte an genannte 3 Herren waren vergeblich da dieselben erklärten die Kartoffeln sind v. S. d. Behörde freigegeben und sie könnten damit machen was sie wollten. Die Kommission ist weiterhin bemüht die Frage zur Lösung zu bringen und wird das Ergebnis in der heute abend 8 Uhr stattfindenden Vollversammlung in der Rose bekannt geben.

Die hiesige Bauernschaft erläßt in vorliegender Nummer eine Erklärung, in der sie sich scharf gegen die Beleidigungen, die insbesondere gegen ihren Führer, Herrn Wilhelm Rigel geschleudert wurden, verwahrt.

Briefkasten. Herr E. L. W. Ihr Eingekundete erübrigt sich insofern als die Uebersichtstabelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse II. Bistram die weitestgehende Auskunft über Leistung und Gegenleistung gibt. Sie bekommen jederzeit bei der Geschäftsstelle ein Exemplar sogar unentgeltlich sofern Sie Mitglied der Kasse sind.

Bekanntmachungen.

Es ist in den letzten Tagen wiederholt vorgekommen, daß bei den Kreislagern Getreide in ungepugtem Zustande, mit allem möglichem Unatürlichem, zur Ablieferung gebracht worden ist. Diese unhygienischen Zustände können im Interesse der Allgemeinheit keineswegs geduldet werden. Auf Grund der Vorrichtungen in den §§ 5 und 22 der Getreideverordnung vom 21. Mai 1920 und der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen über den Austausch des Getreides ohne ich hiermit an, daß das Getreide zur Ablieferung an den Kommunalverband zu treuen oder die Windfahne zu pugen ist. Die Maschinenführer sind die Windfahnen verpflichtete ich hiermit zur Durchführung dieser Arbeiten. Nichtbefolgung dieser Anordnung wird nach § 80 der Getreideverordnung geahndet.

Wiesbaden, den 20. September 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Erklärung.

In der Protestversammlung am vorigen Freitag sind gegen den Vorstand der Bauernschaft und insbesondere gegen unseren Vorsitzenden, Herrn Rizel, derartig unbegründete Beleidigungen geschleudert worden, daß wir hiergegen aufs schärfste Verwahrung einlegen müssen.

Um die Kartoffelversorgung von Bierstadt im allgemeinen Interesse zu einem guten Resultat zu führen, haben Verhandlungen zwischen der Bauernschaft und dem Gewerkschaftskartell stattgefunden, die Herr Rizel in durchaus sachlicher Weise geleitet hat. Wenn bei dieser Verhandlung von Herrn Rizel und unserer Seite geäußert wurde, daß der diesjährige Kartoffelpreis für den Anbau des nächsten Jahres von Bedeutung ist, da der Bauer nicht umsonst arbeiten kann — und nichts anderes ist gesagt worden — so ist diese Ansicht kein Grund zu Beleidigungen, sondern sie müßte von jedem ruhig denkenden Verbraucher selbst eingesehen werden. Ebenso ist die Behauptung, daß Bierstadter Landwirte für einen besonders hohen Kartoffelpreis agitiert hätten, einfach erfunden.

Ob nun Beleidigungen dazu beitragen den guten Willen derer, die Bierstadt mit Kartoffeln versorgen sollen, zu vermehren und ob es überhaupt in Zeiten solchen Mangels einen Zweck hat die Produzenten zu verärgern und die Spannung zwischen Landwirten und Arbeitern zu vergrößern mögen sich alle an der Kartoffelversorgung interessierten Einwohner selber fragen.

Bauernschaft Bierstadt.

Betrifft: Verzäpfung des Apfelweines!

Es wird hiermit daran erinnert, daß auch der von den Landwirten v. selbst hergestellte Apfelwein sofort nach der Einkellierung zur Abgabe anzumelden ist.

Unterschiedungen sind strafbar und können evtl. festgesetzte Mengen, die nicht zur Abgabe angemeldet sind, beschlagnahmt werden. Die Abgabestelle befindet sich im Rathaus, Zimmer 3.

Betrifft Abholung der bestellten Winterrassen!

Die Unterhosen und Sweater sind eingetroffen und können nunmehr von den Bestellern im Rathaus (Zimmer 3) gegen Bezahlung in Empfang genommen werden.

Die Freigabe der Mais-Einfuhr durch Verordnung vom 25. August 1920 (Reichsgesetzblatt S. 1612) bietet zahlreichen Haushaltungen nunmehr die entbehrte Möglichkeit, mit einem legeren Maistutler unter gleichzeitiger Verwendung der Haushaltsabfälle Schweine für Hauszuchtzwecke heranzuziehen. Weite Kreise der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung, auch solche, welche sich früher der Haltung von Schweinen ferngehalten, erhalten Gelegenheit, ihren Haushalt mit Schweinefleisch zu einer Zeit zu versorgen, wo die im freien Verkehr gehandelten Schweinefleischbestände noch von beschränktem Umfang sein werden. Ich ersuche, die beteiligten Kreise in geeigneter Weise hierauf hinzuweisen. Insbesondere bietet sich den Verkleitungen der Bez. durch Zusammenfassende Bestellung von Mais und Abgabe an ihre Arbeiter und Angestellten diesen den Bezug von Mais und die Haltung von Schweinen für Hauszuchtzwecke zu ermöglichen und damit zur Hebung der Versorgungslage ihrer Arbeiter und Angestellten beizutragen.

Berlin W. 8 den 4. September 1920.

Preussischer Staatskommissar für Volksernährung.

In Vertretung (gez.) Hagedorn.

Vorliegendes wird hiermit veröffentlicht.

Bierstadt, den 27. September 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.



„Gesangverein Frohsinn“
— Bierstadt. —

Die nächste

Gesangsprobe

findet Dienstag, den 28. September im Probelokal statt.
Der Vorstand.

Internationaler Bund aller Kriegsoffer, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Ortsgruppe Bierstadt.

Zu der am Dienstag Abend 8 Uhr in der „Rose“ stattfindenden

Massenversammlung

werden alle Mitglieder hiermit eingeladen.

Thema: Kartoffelversorgung.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Kartoffelversorgung.

Alle Kartoffelverbraucher werden hiermit aufgefordert am Dienstag, den 28. d. Mts., 8 Uhr abends im Saalbau zur Rose zu einer

Vollversammlung

zu erscheinen.
Männer und Frauen erscheint in Massen.
Der Ausschuß.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters erheischt Mitglied des Mieterschutzvereins Bierstadt zu sein.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, Kriegshinterbliebenen
Ortsgruppe Bierstadt.

Zu der am Dienstag Abend 8 Uhr in der „Rose“ stattfindenden

Massenversammlung

werden alle Mitglieder hiermit eingeladen.

Thema: Kartoffelversorgung.

Der Vorstand.

Adebe-Mühlen

mit Siebmaschine u. m. Absieber sind die zuverlässigsten u. vorteilhaftesten Maschinen für jeden Landwirt zur Herstellung von Schrot- und Back-Mehl in jed. gewünschter Feinheit.
In Betrieb zu sehen und kostenloser Prospekt bei



Jos. Hupfeld, Wiesbaden
Gartenfeldstrasse 33/35.

Ausgestellt auf der Frankfurter Messe vom 3.—9. Oktober, Westhalle B., Stand 1133.

Kleine Anzeigen
müssen bei Bestellung gleich bezahlt werden

Buddelsaß
aus Metall und Gartengeräte zu verkaufen.
Bierstadt, Tannuistr. 12.

Klinge
Franen

lassen sich nicht täuschen durch oft angebotene meist wertlose Präparate. — Nehmen Sie bei

Regelstörung,

Störung nur meine auch in verzweifeltsten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überrascht u. mir dankbar sein. Diskreter Verf. mit Garantie, vollst. unschädlich, andernfalls Geld zurück.
Wirkung in 3 Tagen
C. Hansen, Hamburg, Weidenallee 50.

3 Käufer
schweine
zu verkaufen.
Bierstadt, Rathausstr. 12.

Erfolg

schon nach 2 Tagen. Ihre Mittel sind großartig. Soll dankt an Dergens teile ihnen dies mit

Franen,

solche und ähnlich täglich mit gehende Dankschreiben bezugnehmend, daß ich helfe. Machen Sie noch einen Versuch und teilen Sie mir vertraulich mit, wie lange Sie an Regelstörungen und Störungen leiden. Meine Mittel sind nicht gefährlich, vollkommene Garantie. Diskreter Versand
H. Bartolth, Hamburg 13, Grindelweg 1, II

Nur für Wiederverkäufer!

Karbid

Karbid-Lampen-Brenner

Wiesbadener Fahrrad-Gesellschaft m. b. H.
Wiesbaden, Adolfstrasse 1.

Billiger Möbelverkauf.

Zu jed. annehmbaren Preis pol. u. lack. Schlafzimmer m. gut. Einlag., Kleben 1 u. 2tür. Schränke, pol. u. lack. Spiegel-, Kleiderschränke, Waschkom., Buffet, Vertiko, Sekretär, Schreibtisch, Divan, Sofa, Tische, Spiegel, Leib- und Bettwäsche, Vorhänge.

Möbellager und Schreinerei

K. Graubner, Wiesbaden, Adlerstrasse 3.

Herrenhüte in verschiedenen Qualitäten und Farben v. Fabr. Lager billigt abzugeben.
und Mützen
A. Graulich, Wiesbaden, Echbacher-Strasse 3, P.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30—25.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70
gegenüber Markthalle
Wiesbaden.